

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 22

Artikel: Balkanische Föderation gefordert : Linksparteien trafen sich in Kroatien
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092802>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Linksparteien trafen sich in Kroatien

Balkanische Föderation gefordert

In der Nähe der kroatischen Hauptstadt Zagreb fand Ende August eine unter heutigen Umständen höchst ungewöhnliche Konferenz statt: Vertreter vornehmlich sozialdemokratischer und verwandter Parteien aus 14 europäischen Ländern trafen sich dort, um neue Verbindungen untereinander und mit jenen in Ländern zu knüpfen, die nach dem Zerfall des Ostblocks entstanden sind. Naturgemäss konzentrierte man sich dabei auf die Beziehungen zu den Parteien im ehemaligen jugoslawischen Raum, nicht zuletzt mit dem Wunsch, zur Lösung der Krise beitragen zu können.

Organisiert wurde die Konferenz mit dem Titel «Frieden und Zusammenarbeit in Südosteuropa» vom Sozialdemokratischen Bund (SDU) aus Kroatien und mit Hilfe der Sozialistischen Partei Kroatiens (SSH). Finanzielle Unterstützung erhielt die Konferenz von der Jean-Jaurès-Stiftung in Paris und von der Partito democratico della sinistra in Rom. Die Teilnehmer kamen aus Bulgarien, Polen, der Slowakei und Tschechien, Ungarn, Schweden, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien sowie den ehemaligen jugoslawischen Republiken Mazedonien, Kroatien, Serbien und Slowenien.

Auch ein Grossserbien wird nicht überleben können

Der Führer des Sozialdemokratischen Bundes, Branko Horvat, ein in Kroatien bekannter Wirtschaftswissenschaftler, analysierte die Lage im ehemaligen Jugoslawien und legte die Überlegungen seiner Partei dar bezüglich einer wirtschaftlichen Integration der neuen Staaten und vielleicht sogar einem wirtschaftlichen Zusammenschluss der ganzen Region über das ehemalige Jugoslawien hinaus. Horvat kam dabei zum Schluss, dass selbst alle «Grossstaaten» wie Grossserbien, Grosskroatien, Grossalbanien oder Grossbulgarien noch nicht einmal die Grösse einzelner Grossstädte in der übrigen Welt erreichten und auch die Gesamtproduktion jene multinationaler Unternehmen kaum übertreffen könne.

An den Gedanken anknüpfend, dass Jugoslawien im Laufe von 35 Jahren, wirtschaftlich gesehen, die schnellsten Fortschritte in Europa gemacht hatte, meinte Horvat, dass dies auch einem Bund «Vereinigte Staaten des südöstlichen Europas» gelingen könnte. Er warnte einerseits davor, dass kleine Staaten isoliert für sich kaum mehr vorwärtskommen werden — weder wirtschaftlich noch kulturell noch wissenschaftlich —, wenn sie sich nicht in grösseren Gemeinschaften mit untereinander offenen Grenzen und einem einheitlichen Markt zusammenschliessen.

EG und «Ost-EG»?

Andererseits, so Horvat weiter, würden die kleinen Staaten einem Beitritt zur EG nicht gewachsen sein. Deshalb sollte eine balkanische Integration als Auftakt zu einer künftigen osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft angestrebt werden. Hier ginge es dann immerhin um einen einheitlichen Markt mit 180 Millionen Menschen, der analog zur EG wirken und, wenigstens der Grösse nach, den fünfstärksten Weltmarkt darstellen würde.

Dies zeigt auch die Antwort auf die Frage auf, in welche Richtung sich die neuen Republiken des ehemaligen Jugoslawien bemühen sollten. Auch wenn er die Unabhängigkeit dieser Republiken als durchaus positiv bewertete, sah Horvat deren Zukunft nicht in einer kleinkrämerischen nationalen Unzugänglichkeit. Kleinstaaten wie Slowenien oder Mazedonien, so Horvat, laufen sogar Gefahr, ihre eigene Kultur zu verlieren: «Nach der staatlichen Mündigsprechung wird sich niemand mehr die Mühe nehmen, deren Sprache zu lernen oder deren Schrifttum zu lesen.»

Nationalisten als Gegner

Wenn man Horvats Verurteilung des Krieges in Ex-Jugoslawien kennt («Es ist ein Krieg ohne Heldentaten und ohne Helden, der sich im Bewusstsein der Bürger als ein Krieg der geistigen Umnachtung und Verwilderung mit Flüchtlingen und schmutzigem Plündern einprägen wird ... ohne patriotische

Ein Bund «Vereinigte Staaten des südöstlichen Europas» könnte wirtschaftlich sinnvoll sein.

Die kleinen Staaten wären dem Beitritt in die EG nicht gewachsen.

Nationalisten erheben den Vorwurf, damit werde die Wiedereinführung Jugoslawiens angestrebt.

Deckung») und auch von seinem Bemühen um ein demokratisches Staatskonzept weiss, das einen «Staat für alle Bürger und nicht nur für besondere Nationalitäten» vorsieht, so kann man wohl verstehen, dass Horvat damit nicht nur den kroatischen Nationalisten widersprach, und er — wie übrigens auch die Konferenz selbst — im gesamten übrigen Raum des ehemaligen Jugoslawien praktisch ignoriert wurde.

Nationalisten werfen denn auch Horvat vor, dass er im Grunde «unter dem Namen einer balkanischen Föderation oder Konföderation lediglich die Wiedereinführung Jugoslawiens» anstrebe. Hierzu meinte einer der wenigen, der über die Konferenz berichtete, nämlich Slobodan Inić, ein Belgrader Politologe, Publizist und erklärter Gegner des serbischen Nationalismus, in der Wochenzeitschrift «Duga» Ende September:

«Erstens muss Horvats Idee als eine Vereinigung aller Länder und Völker begriffen werden, womit nicht nur Jugoslawien, weder das ehemalige noch ein künftiges, gemeint sein kann; zweitens ist hier die Rede von einer historischen Idee, wovon vieles nicht verwirklicht wurde und auch nicht muss; und drittens ist ja unabhängig davon, ob man nun diese Idee unterstützt oder nicht, die Frage nach wie vor offen, was die Staaten und Völker aus dem ehemaligen Jugoslawien in Zukunft erwartet. Die Probleme, die Branko Horvat vorgetragen hat, stellen just diese Fragen.»

«Jugoslawien ist nicht ein Problem, sondern eine Lösung»

Die Behauptung, dass Jugoslawien ein künstliches Gebilde gewesen sei, wird der Wirklichkeit einfach nicht gerecht. Denn wäre Jugoslawien tatsächlich eine künstliche Schöpfung gewesen, dann hätte es sich nicht auf solch blutige Weise und mit solch verheerenden wirtschaftlichen Folgen, wie sie heute auch das vom Krieg relativ weit entfernte Slowenien treffen, ruiniert. Und Jugoslawien war schon wegen der ausgeprägten ethnischen Durchmischung der Völker nicht künstlich.

Dazu war erst kürzlich an einem Treffen Belgrader Intellektueller zu hören: «Es ist falsch, über Jugoslawien wie über ein Problem zu sprechen. Es ist nicht ein Problem, sondern eine Lösung für die Frage, wie die verschiedensten Völker in einem gemeinsamen Staat gleichberechtigt zusammen leben konnten.» Und ein künstliches Gebilde war Jugoslawien auch deshalb nicht, weil sich in den Jahrzehnten gemeinsamen Lebens kulturelle, wirtschaftliche und andere Beziehungen entwickelt hatten. Die Wiederherstellung dieser Bande wird deshalb nicht umgangen werden können.

Verabschiedung einer Erklärung für den Frieden

Natürlich ist zu diesem Zeitpunkt schwer vorauszusagen, wie sich diese Bande gestalten und was sie alles beinhalten werden. Aber auch hier sei Inić zitiert: «Die Unterschätzung der wirtschaftlichen und anderer Integrationsbestrebungen, wie überhaupt die politischen Implikationen, die damit verbunden wären, bedeutet einerseits, sich gegen die Integration als Form der europäischen Existenz zu stellen, andererseits aber auch gegen die Interessen der eigenen Selbständigkeit, da es sich von ihr selbst nicht leben oder fortbestehen lässt. Und hier liegt die Hauptfurcht aller Nationalisten, welcher Couleur sie auch immer sind. Denn sollte es sich vom Nationalismus so leben lassen, wie es sich Krieg führen lässt, dann wären unsere Nationalismen unser ewiges Schicksal.»

Die Konferenz endete mit der Verabschiedung einer gemeinsamen «Erklärung für die Öffentlichkeit», welche unter den hiesigen Verhältnissen von Krieg und gegenseitiger Verleumdung sich nur auf allgemeine Grundsätze beschränken musste. Gleichwohl wurde deutlich, dass Frieden und Zusammenarbeit als einzige Basis für die künftige Entwicklung der Beziehungen in Südosteuropa angesehen wurde.

Gleichzeitig verurteilte man Chauvinismus, Hass und ethnische Intoleranz. Es wurde beschlossen, dass die «demokratischen, demokratisch-sozialistischen und sozialdemokratischen Kräfte aus Südosteuropa alles zur Herstellung und für den Ausbau einer engeren Zusammenarbeit unternehmen werden, um eine gangbare Alternative zu den immer verbrecherischer werdenden Staaten und der Faschisierung der Gesellschaft zu bieten.» Zu diesem Zweck wurde beschlossen, solche Treffen «im Interesse des Friedens, der Zusammenarbeit und der Demokratie der Völker Südost- und Osteuropas» fortzuführen.

«Es ist falsch, über Jugoslawien wie über ein Problem zu sprechen. Es ist nicht ein Problem, sondern eine Lösung.»

SOI - Diskussion am runden Tisch

Anmeldung schriftlich per Brief oder Fax 031 - 351 38 91

Ort: SOI, Jubiläumsstrasse 41, Bern, 2. Stock
 Zeitpunkt: alle 14 Tage, jeweils 9.30 - 11.30 Uhr
 Leitung: Dr. Georg Dobrovolyň
 Vorgehen: Kurze Einführung und Diskussion
 Ziel: Gedankenaustausch, Standortbestimmung, geistige Auseinandersetzung mit Problemen in Osteuropa, Berichte über Reisen

Nächste Themen/Termine:

10. November: Krieg in Ex-Jugoslawien. Rolle der Opposition in den kriegführenden Ländern.
 Gastreferentin: Frau Jasna Bastic, Sarajevo.

Die Teilnehmerzahl ist auf max. 6 Personen beschränkt, bitte um Voranmeldung, Der Eintritt ist frei.

Name:	Vorname:
Strasse:	PLZ/Ort:
Firma:	Stellung:
Telefon:	
Datum:	Unterschrift:

Das «andere Serbien»

Für Vertreter der im Bürgerbund und im sogenannten «Belgrader Kreis» mitwirkenden Belgrader Intellektueller, wie Nebojsa Popov, Slobodan Inić, Bogdan Canak und anderen, hatte diese Konferenz eine besondere Bedeutung. Sie bot ihnen die Gelegenheit, an einem internationalen Anlass das «andere Serbien» — das demokratische, nationaltolerante und kriegsgegnere Serbien — vorzustellen. Erwähnenswert ist dabei ihr Vorschlag, die Erfahrungen in Sarajevo oder Tuzla zu erforschen, wo die Bevölkerung trotz des verheerenden Belagerungszustandes bewies, dass ein gemeinsames Leben unter verschiedenen Völkern möglich ist und damit «Widerstand leistete gegen die nationalistische Hauptprämisse — die Unmöglichkeit eines gemeinsamen Lebens».

Schliesslich sei noch ein Ausschnitt aus dem Artikel von Slobodan Inić zitiert: «Mit Furcht waren wir nach Zagreb gereist. Wir sind zurückgekommen mit Ermutigung und Vertrauen in die Möglich-

keit, die serbo-kroatischen Beziehungen wesentlich verbessern, wenn auch nicht alle Streitigkeiten zwischen Kroaten und Serben beseitigen zu können.» ... Die Erfahrungen an der Tagung könnten «Beispiel sein für die Herstellung eines Dialogs auch zwischen den übrigen Vertretern dieser beiden Völker». Und es könnte hinzugefügt werden: und zwischen allen Völkern des einstigen Jugoslawien.
Ljubomir Matić